

Offene Worte

Online Nr. 237

Zeitung der LINKEN für den Barnim

14. Mai 2023, 33. Jahrg.

Frauengeschichte(n)

Monica Bleibtreu

Monica Bleibtreu wurde am 04.05.1944 in Wien als Tochter des Schriftstellers und Theaterdirektors Renato Attilio Bleibtreu geboren. Als das Theater des Vaters pleite ging, war Monica 14 Jahre alt. Sie musste deshalb die Schule ohne Abschluss verlassen und als Hilfsarbeiterin zum Familieneinkommen beitragen. Eigentlich wollte sie gar nicht Schauspielerin werden, sondern einen sozialen Beruf erlernen. Beeinflusst durch ihr familiäres Umfeld – Großmutter und Tante waren Schauspielerinnen – ging sie mit 16 Jahren nach Hamburg, um Schauspielunterricht zu nehmen. Am Wiener Max-Reinhardt-Seminar setzte sie ihr Studium fort. Ihr Debüt feierte sie als

19-jährige in Bonn. Monica spielte an den bedeutendsten deutschsprachigen Bühnen, u.a. an den Münchner Kammer-



spielen, am Burgtheater Wien und an der Freien Volksbühne Berlin. Von 1993 bis 1998 arbeitete sie als Professorin für Schauspiel an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. Mit Mitte 50 kehrte sie zur Schauspielerei zurück. Der große Durchbruch gelang ihr z.B. mit Rollen in „Lola rennt“ und als Katja Mann im Fernseherteiler „Die Manns – ein Jahrhundertroman“. Ihr Sohn, der Schauspieler Moritz Bleibtreu, entstammt der Beziehung mit dem Schauspieler Hans Brenner aus ihrer Münchner Zeit. Die Beziehung hielt allerdings nicht lange und so zog sie ihren Sohn allein groß. Erst durch ihren Sohn lernte sie, den Erfolg zu genießen. Interviewanfragen lehnte sie aber meistens ab. Am 13.05.2009 starb Monica Bleibtreu in Hamburg nach einer Lungenkreberkrankung. Der Adolf-Grimme-Preis, der Deutsche Filmpreis und die Goldene Kamera sind nur einige Auszeichnungen, die sie erhielt.

Gisela Zimmermann

Singen für den Frieden

Pfingstmontag

29. Mai 2023, 14:00 Uhr

Amphitheater im Panke-Park in Bernau

präsentiert von

DIE LINKE.

Ortsverbände Bernau & Panketal



Abschiebung ist keine Lösung

Eine Milliarde Euro mehr gibt der Bund für die Versorgung der Geflüchteten. Thüringen fordert weiter „pro-Kopf-Finanzierung“.

DIE LINKE: Warum lehnt die Brandenburger Landesregierung das ab?

Die Bundesregierung stellt den Ländern 2023 eine Milliarde Euro mehr für die Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung. Darauf haben sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel am 10. Mai geeinigt. Bisher waren 2,75 Milliarden Euro geplant. Die Länder wollten ein Modell durchsetzen, wonach sich die Finanzausschüsse an der Zahl der Flüchtlinge orientieren. Damit konnten sie sich nicht durchsetzen. Im November soll neu entschieden werden, ob weitere Gelder nötig sind. Bis dahin soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge unterbreiten.

Der durch den LINKEN-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow geführte Freistaat Thüringen gab nach dem Flüchtlingsgipfel eine Protokollerklärung ab. Darin wird noch einmal gefordert, die Kommunen und Länder nicht finanziell allein zu lassen. Mit pauschalen Summen allein sei es nicht getan, sondern es müssten „pro-Kopf-Finanzierungen zu Grun-

de gelegt werden, einschließlich der Kosten der Unterkunft. Dies ist die Voraussetzung für den notwendigen Ausbau der erforderlichen kommunalen und Landes-Infrastruktur.“

Die Fraktion der LINKEN im Landtag Brandenburg stellte daraufhin auf der Landtagssitzung am 11. Mai einen Entschließungsantrag, damit sich die Brandenburger Landesregierung dieser Auffassung anschließt und weiterhin eine auskömmliche „pro-Kopf-Finanzierung“ von der Bundesregierung fordert. Zugleich forderte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Sebastian Walter, eine andere Politik für Brandenburg. „Ja, es fehlen Kita-Plätze, Lehrer:innen, bezahlbarer Wohnraum, Geld für die Kommunen.“ Dies sei jedoch nicht die Folge davon, weil Flüchtlinge nach Brandenburg kommen, sondern weil die Landesregierung seit Jahren wegschaut, Vorschläge ablehnt, mit denen die Probleme gelöst werden

könnten. Ein Beispiel seien die Investitionen in Schulen, so Walter: 70 Millionen stellte das Land zur Verfügung, Anträge lagen in Höhe von 670 Millionen vor. Oder: In der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge wurden im letzten Jahr 1500 Plätze abgeschafft, um sie in diesem Jahr mit 15 Millionen Euro wieder einzurichten. „Erst nicht handeln, oder mit Ihrer Unfähigkeit dem Land Schaden zufügen ... Daran sind doch nicht die Geflüchteten Schuld. Sondern Sie! Sie sind eine Überlastung für dieses Land!“ warf Walter der Landesregierung vor.

Die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU und Grünen lehnten den Antrag der LINKEN ab. Sebastian Walter warf ihnen vor, sich auf die Argumentation der AfD einzulassen, wonach man eine hohe Zahl der Menschen praktisch abschieben könne, um das Problem zu lösen. „Das ist eine Lüge“, erklärte Walter. **bc**

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Domenik Rabe.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
17. Mai 2023